

23.08.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Solidarität ist keine Einbahnstraße: Energiekonzerne müssen durch eine Übergewinnsteuer auf die Kriegsgewinne an den akuten Mehrkosten der Energieversorgung und der Sicherung des sozialen Zusammenhalts im Land beteiligt werden.

I. Ausgangslage der Energiekrise

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat in Verbindung mit der Abhängigkeit von fossilen Energien aus Russland drastische Energiepreissteigerungen zur Folge, die wiederum auch die Inflation (im Juli 2022: 7,5 Prozent¹) anheizen. Diese finanziellen Belastungen treffen viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch viele Unternehmen zunehmend hart. Die Bundesregierung hat daher bereits mehrere Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Zuletzt hat sie diesen Monat beschlossen, die Mehrwertsteuer auf Gas von 19 auf sieben Prozent zu senken. Weitere Maßnahmen für weniger gut situierte Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen und werden folgen. Das gilt gerade für Nordrhein-Westfalen, wo mit knapp 65 Prozent überproportional viele Wohnungen mit Gas beheizt werden.² Die Landesregierung wiederum bleibt Antworten schuldig.

Die staatliche Beteiligung des Bundes beim Energieversorger Uniper schließt Finanzhilfen in Höhe von 15 Mrd. Euro ein. Damit galt es auch, eine Aktivierung des § 24 des Gesetzes zur Sicherung der Energieversorgung (EnSiG) zu verhindern, welcher die Anpassung der Gaspreise besonders betroffener Energieversorgungsunternehmen gegenüber den Kundinnen und Kunden während der laufenden Verträge erlaubt. Hier wären Gaskundinnen und -kunden selektiv und ohne eigenes Zutun besonders stark oder eben gar nicht betroffen gewesen. Die nun beschlossene Gasumlage (§ 26 EnSiG) wiederum, zunächst in der Höhe von 2,4 Cent pro kWh, zielt darauf ab, diese Mehrkosten auf viele Schultern, d. h. aller Gasbezieherinnen und -bezieher, gleichmäßig zu verteilen. Trotz der Stabilisierungsmaßnahmen des Bundes soll die Hälfte der Umlage an Uniper gehen.³ Hier besteht ein soziales Ungleichgewicht: Der Logik folgend müssten erstens starke Schultern mehr tragen. Wenn alle das gleiche zahlen, kann es nicht sozial ausgewogen sein. Die Belastung wiegt für kleine und mittlere Einkommen relativ gesehen viel schwerer als für Besserverdienende und Vermögende. Zweitens ist der Kreis der Belasteten zu erweitern, um die Belastung zu minimieren. Anstatt die privaten

¹ <https://www.inflationrate.com/> [17.08.2022].

² Regional sind es sogar bis zu knapp 80 Prozent, vgl. unter: <https://www.it.nrw/nahezu-zwei-drittel-der-wohnungen-nrw-wurden-2018-ueberwiegend-mit-gas-beheizt-106628>; deutschlandweit sind es lediglich 52 Prozent, vgl. unter: <https://www.it.nrw/nrw-regierungsbezirk-arnsberg-hat-den-deutschlandweit-zweithoehsten-anteil-mit-gas-beheizten-108634> [18.08.2022].

³ <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/halbjahreszahlen-ceo-maubach-mehr-als-50-prozent-der-gas-umlage-nur-fuer-uniper/28604892.html> [18.8.2022].

Verbraucherinnen und Verbraucher und die Unternehmen neben ihren ohnehin schon gestiegenen Energiekosten zur Stabilisierung der Energiekonzerne heranzuziehen, wäre die Gasumlage besser solidarisch von allen aus dem Bundeshaushalt getragen worden. Hier gilt es für die Landesregierung anzuknüpfen und ihren Teil für einen fairen Lastenausgleich beizutragen.

Die Stabilisierung systemrelevanter Energiestrukturen ist richtig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Leidtragende dürfen aber nicht diejenigen sein, denen das Wasser ohnehin schon bis zum Hals steht. Denn systemrelevant sind nicht nur Strukturen der Energieversorgung. Systemrelevant ist auch der soziale Ausgleich in unserem Land, der grundlegend ist für eine soziale Marktwirtschaft, für die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz der Demokratie und den sozialen Zusammenhalt. Solidarität ist daher keine Einbahnstraße zugunsten von Konzernen, die mit der Aufgabe der Grundversorgung der Bevölkerung betraut sind.

II. Die Notwendigkeit solidarischer Lösungsansätze

In dieser Lage sind alle politischen Ebenen gemeinsam gefordert. Seit dem Herbst 2021 haben Gasversorger in mehr als 1.460 Fällen Preise erhöht oder eine Preissteigerung angekündigt. Im Schnitt mussten mehr als 3,3 Millionen Haushalte fast 52 Prozent mehr für die Gasversorgung zahlen. Das bedeutet zusätzliche Kosten von etwa 952 Euro pro Jahr, wenn man den Referenzhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh zugrunde legt.⁴ Darüber hinaus werden die Energiepreise mittelfristig nicht entscheidend sinken. Vielmehr werden weitere Preissteigerungen im Jahr 2023 erwartet.⁵ Die Gasumlage wird maximal bis zum April 2024 Zusatzkosten einbringen. Frühestens „Mitte 2024“ rechnet Bundeswirtschaftsminister Habeck mit einer weitgehenden Unabhängigkeit von russischem Gas.⁶ Nur der forcierte Ausbau der Erneuerbaren Energien wird für eine nachhaltige Dämpfung der Energiepreise sorgen. Doch auch dies geht aufgrund der Versäumnisse der letzten Landesregierung von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen nicht über Nacht. Für diese Wegstrecke ist es daher entscheidend, den sozialen Zusammenhalt im Land und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit demokratischer politischer Institutionen nicht durch einen unzureichenden sozialen Ausgleich zu riskieren. Hier steht die Landesregierung in der direkten Verantwortung für Nordrhein-Westfalen und muss ihren Beitrag leisten. Darüber hinaus sollte sie sich dem Selbstverständnis unseres Landes gemäß als starke Stimme des „sozialen Gewissens“ im Kreis der Bundesländer einbringen.

Es braucht solidarische Lösungen, die nicht allein Bürgerinnen und Bürger in einer zugewiesenen Eigenverantwortung zur Kasse bitten, sondern auch diejenigen beteiligen, die aus dieser Krise leistungsunabhängig große Profite schlagen konnten. Solidarität bedeutet daher, dass nicht nur die Gaskundinnen und -kunden die Mehrkosten tragen. Die Rettung von Banken (z. B. Commerzbank) im Zuge der Finanzkrise 2008/09 oder die Rettung der Lufthansa waren durch staatliche Beteiligungen erfolgt. Diese Stabilisierungsmaßnahmen wurden als im allgemeinen Interesse liegend definiert und daher als staatliche Aufgabe betrachtet. Sie sind nicht durch einen Rückgriff allein auf Kundinnen und Kunden der Unternehmen finanziert worden.

Während das Unternehmen Uniper für das erste Halbjahr 2022 Verluste in Höhe von 12 Milliarden Euro vermeldete⁷, vervielfältigten sich die Gewinne vieler Energiekonzerne: BP wies allein für das zweite Quartal 2022 einen Gewinn von 8,45 Mrd. US-Dollar aus – drei Mal so

⁴ <https://www.merkur.de/leben/geld/gas-strompreis-steigen-2022-wie-viel-euro-mehr-verbraucher-zahlen-zr-91654125.html> [17.08.2022].

⁵ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gaspreise-deutschland-2023-1.5620870> [17.08.2022].

⁶ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-05/robert-habeck-russland-sanktionen-gas-lieferstopp> [17.08.2022].

⁷ <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/halbjahreszahlen-uniper-chef-maubach-zeitweise-verlust-von-ueber-100-millionen-euro-am-tag/28604892.html> [17.08.2022].

viel wie im Vorjahreszeitraum. Die durch den Ölhandel und die Raffineriemargen begründeten Gewinne sollen vorrangig den Aktionärinnen und Aktionären zugutekommen.⁸ Shell wies für das zweite Quartal einen Gewinn von 11,5 Mrd. US-Dollar aus – mehr als doppelt so viel wie im Vorjahreszeitraum.⁹ Der Handel von Strom und Gas ist auch bei RWE der Gewinnstreiber: Im ersten Halbjahr 2022 konnte RWE den operativen Gewinn um ein Drittel auf 2,8 Mrd. Euro steigern.¹⁰ Die sechs großen Mineralölkonzerne Saudi Aramco, BP, Total, Shell, ExxonMobile und Wintershall Dea konnten im ersten Halbjahr 2022 ihre Gewinne trotz hoher Abschreibungen auf Nord Stream 2 und das russische Geschäft um etwa 60 Milliarden US-Dollar gegenüber dem Vorjahr erhöhen.¹¹

Diese soziale Unwucht zwischen den sozialisierten Verlusten auf der einen und den privatisierten Gewinnen auf der anderen Seite haben viele Verantwortliche in Europa bereits erkannt. Neben der Ausgabenseite der finanziellen Entlastung bedarf es zudem fiskalpolitischer Maßnahmen, um Entlastungen zu refinanzieren und politisch zu ermöglichen. Die Übergewinnsteuer ist dafür ein zentrales Element. Nachdem schon am 8. März 2022 die EU-Kommission in ihrem Plan „REPowerEU“ bereits „Leitlinien für die Anwendung steuerlicher Maßnahmen auf übermäßige Gewinne“ vorgestellt hat, können Mitgliedstaaten ausdrücklich hohe Einnahmen des Energiesektors und aus dem Emissionshandel an die Verbraucher umverteilen.¹² Die EU nimmt dabei Unternehmen der Stromerzeugung in den Fokus. Eine entsprechende Bundesratsinitiative der Freien Hansestadt Bremen vom 2. Juni 2022¹³ wurde auch durch die schwarz-grüne Landesregierung zurückgewiesen, wenngleich es „auch Argumente [gebe], die für die Einführung einer Übergewinnsteuer sprechen“.¹⁴ Inzwischen ist eine jeweils unterschiedlich akzentuierte Übergewinnsteuer jedoch in Ländern wie Griechenland, Rumänien, Spanien und Ungarn auf den Weg gebracht worden. Außerhalb der EU hat auch das Vereinigte Königreich eine solche Initiative vorangetrieben, bei der Gewinne von Öl- und Gasunternehmen aus der lokalen Förderung mit insgesamt 65 Prozent besteuert werden.¹⁵ Als erstes europäisches Land jedoch beschloss Italien bereits im März 2022 eine Übergewinnsteuer für Unternehmen des Energiesektors – genannt „außerordentliche Solidaritätsabgabe“.

Eine Übergewinnsteuer etwa nach italienischem Vorbild wäre grundsätzlich auch in Deutschland rechtlich und ohne großen bürokratischen Aufwand möglich. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags.¹⁶ In Italien sind Übergewinne definiert als die Differenz der Unternehmensumsätze in einem Zeitraum von sieben Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Liegt der Übergewinn unter 10 Prozent oder 5 Millionen

⁸ <https://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/oel-riese-bp-mit-hoechstem-gewinn-seit-14-jahren-wie-weit-steigt-die-bp-aktie-1031638520> [17.08.2022].

⁹ <https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/shell-erzielt-rekordgewinn-und-kauft-weiter-eigene-aktien-zurueck-11573850> [17.08.2022].

¹⁰ <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/halbjahreszahlen-rwe-verdoppelt-den-gewinn-mehr-investitionen-in-erneuerbare-energien/28591356.html> [17.08.2022].

¹¹ https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/220816_NSQ-RLS_Studie_Kriegsgewinne-besteuern.pdf, S. 5.

¹² https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:71767319-9f0a-11ec-83e1-01aa75ed71a1.0019.02/DOC_3&format=PDF [17.08.2022].

¹³ <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/bremen-bringt-entschlussantrag-zur-einfuehrung-einer-uebergewinnsteuer-in-den-bundesrat-ein-396144?asl=bremen02.c.730.de> [17.08.2022]

¹⁴ Antwort Kleine Anfrage Drucksachennummer 18/394 vom 03.08.2022.

¹⁵ https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/220816_NSQ-RLS_Studie_Kriegsgewinne-besteuern.pdf, S. 15.

¹⁶ <https://www.bundestag.de/resource/blob/905274/ef68b8bc1d18648e695b2906c2a44c24/WD-4-076-22-pdf-data.pdf>

Euro, fällt die Steuer nicht an. Dadurch werden Mehreinnahmen in Höhe von 11 Milliarden Euro erwartet, die der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger dienen sollen.¹⁷

Krisenzeiten brauchen besondere Antworten. Eine Besteuerung von Übergewinnen, die mit kriegerischen Auseinandersetzungen in Verbindung stehen, ist in Zeiten des Krieges historisch keine Seltenheit. Angesichts der Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz vieler Unternehmen im Land und angesichts der starken finanziellen Belastung vor allem der zwei Drittel der Haushalte, die in Nordrhein-Westfalen mit Gas heizen, ist die Übergewinnsteuer ein Teil der Antworten in der Krise.

III. Der Landtag stellt fest:

1. Die steigenden Energiekosten sind für sehr viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen eine existenzielle wirtschaftliche Bedrohung. In dieser Situation müssen Belastungen durch einen fairen Ausgleich solidarisch verteilt werden und können nicht nur von Gaskundinnen und -kunden unterschiedslos getragen werden.
2. Systemrelevant ist neben der Energieversorgungsinfrastruktur im Land auch der soziale Frieden. Um der Unwucht von privatisierten Krisengewinnen weniger Unternehmen und sozialisierten Krisenverlusten für alle anderen zu begegnen, sind auch Krisengewinner in die Pflicht zu nehmen, etwa über eine Übergewinnsteuer.
3. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen steht in direkter Verantwortung, Lösungsansätze anzubieten und den sozialen Ausgleich in NRW durchzusetzen.

IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eine solidarische Verteilung der steigenden Belastungen durch Energiekosten in NRW zu organisieren, indem zusätzlich zu Maßnahmen des Bundes auch Landesmaßnahmen zur finanziellen Entlastung und zur Absicherung von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und besonders betroffener Unternehmen auf den Weg gebracht werden.
2. im Bundesrat eine Initiative zur Einführung einer Übergewinnsteuer auf Bundesebene einzubringen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Alexander Vogt
und Fraktion

¹⁷ <https://www.bundestag.de/resource/blob/905274/ef68b8bc1d18648e695b2906c2a44c24/WD-4-076-22-pdf-data.pdf>, S. 7.